



Vielen Dank!

Liebe_r Unterstützer_in,

2020 hatte es in sich: Die Corona-Pandemie stellte sowohl uns in der pbi Geschäftsstelle in Hamburg als auch die Einsatzstellen in unseren Projektländern vor neue, unerwartete Herausforderungen. Freiwillige und Fachkräfte mussten zum Teil aus den Ländern ausgeflogen, Veranstaltungen abgesagt und neue digitale Prozesse entwickelt werden.

Es gab und gibt viel zu tun, denn die anhaltende Corona-Krise verschärft weiterhin die Bedingungen in unseren Projektländern. Es treten vermehrt Menschenrechtsverletzungen auf und Menschenrechtverteidiger_innen (MRV_innen) können nur erschwert ihre Arbeit ausüben. Wie sich die Pandemie in Kolumbien, Mexiko, Honduras, Guatemala, Costa Rica (Nicaragua) sowie Kenia, Indonesien und Nepal auswirkt, können Sie auf den nachfolgenden Seiten lesen.

Oder Sie können sich auf unserer Website ausführlicher informieren: www.pbi-deutschland.de/aktuelles/corona

Auch dieses Jahr, 2021, wird uns vor neue Herausforderungen stellen, denen wir gemeinsam mit Menschenrechtsverteidiger_innen mutig begegnen möchten. Wir bedanken uns von Herzen bei Ihnen, unseren Unterstützer_innen, denn Sie machen es mit Ihrem Engagement und Ihrer Spende möglich, dass wir unsere Arbeit für die Menschenrechte realisieren können. Wir wünschen Ihnen sowie allen Menschenrechtsverteidiger_innen trotz aller Widerstände ein friedliches Jahr.

Herzliche Grüße und Danke

Michaela Stemplinger

Michaela Stemplinger, Vorstand pbi Deutschland

Guatemala

► Nachdem die ehemalige guatemaltekeische Regierung Anfang 2019 das Mandat der von den Vereinten Nationen eingesetzten Kommission gegen Korruption und Straßlosigkeit einseitig beendet hat, ist im Land ein rasanter Abbau von Rechtsstaatlichkeit zu beobachten. Daran hat auch der Regierungswechsel zu Beginn des letzten Jahres nichts geändert. Angehörige des Justizwesens, die gegen Korruption und Menschenrechtsverletzungen vorgehen, werden diffamiert und des Amtes enthoben. Zudem werden Gesetze entworfen, die darauf abzielen, den Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft einzuschränken und unter stärkere staatliche Kontrolle zu bringen. Der Verabschiedung eines NGO-Gesetzes ist das Verfassungsgericht entgegengetreten; dazu hat die Regierung bislang noch keinen Neuentwurf vorgelegt.

Die aufgrund der Corona-Pandemie verordneten Restriktionen bergen die Gefahr in sich, zusätzlich zur Verletzung grundlegender Bürgerrechte, wie die Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, beizutragen. So hat auch die Anzahl von Aggressionen gegen Menschenrechtsverteidiger_innen 2020 zugenommen, insbesondere in ländlichen Gebieten. Ein besonders drastischer Anstieg ist in Fällen von Kriminalisierung, das heißt willkürlicher strafrechtlicher Verfolgung von MRV_innen, zu beobachten.

Kolumbien

► 2020 war ein weiteres schwieriges Jahr für die Menschenrechte in Kolumbien. Von März bis September befand sich das Land wegen der Corona-Pandemie in einem strengen Lockdown. Dies bedeutete, dass Menschenrechtsverteidiger_innen nicht mehr in die Regionen fahren konnten, um Missstände zu überprüfen oder um mit den Menschen vor Ort zu arbeiten – auch die physische Schutzbegleitung durch pbi war nicht möglich.

Vier Jahre nach der Unterzeichnung eines Friedensvertrages zwischen der kolumbianischen Regierung und der

Guerillabewegung FARC ist dessen Umsetzung gefährdet und bewaffnete Akteure sind weiterhin aktiv. Aus der Zivilgesellschaft wurde die Forderung eines Waffenstillstandes laut. Statt darauf einzugehen, ging die Gewalt auch während des Lockdowns weiter, so stieg die Zahl der Ermordungen von MRV_innen weiter an.

Anfang Mai wurde zudem über erneute Fälle von illegaler staatlicher Überwachung von Oppositionellen, Anwält_innen und Aktivist_innen berichtet. Eine weitere besorgniserregende Entwicklung ist die zunehmende Gewalt bei Protesten, unter anderem gegen die Regierung und Polizeigewalt, wodurch bereits mehrere Menschen getötet wurden.

Mexiko

► Seit dem Regierungswechsel vor zwei Jahren hat sich die Menschenrechtslage eindeutig verbessert, wobei auch die Anzahl an Übergriffen gegen Menschenrechtsverteidiger_innen deutlich gesunken ist. Gleichwohl sind die Einschätzungen der mexikanischen zivilgesellschaftlichen Organisationen zwiespältig, da die meist von Sicherheitskräften (Polizei, Militär) begangenen Menschenrechtsverletzungen weiterhin nicht geahndet werden. Die Straflosigkeit bleibt ein endemisches Problem in Mexiko. Darüber hinaus setzt die Regierung gleich ihrer Vorgänger auf eine Militarisierung der öffentlichen Sicherheit.

Verteidiger_innen von Land und Umwelt, unter ihnen auch die Vertreter_innen indigener Völker, gehören zur gefährdetsten Gruppe von MRV_innen. Sie wehren sich gegen die Auswirkungen des Baus von Windkraftanlagen, Staudämmen und Gasleitungen, die Umweltschäden verursachen und ihre Existenz bedrohen. Trotz der deutlichen Verbesserung der Menschenrechtslage ist in Mexiko eine Zunahme an Übergriffen und polizeilicher Gewalt bei friedlichen öffentlichen Protestaktionen zu beobachten. Dazu gehören auch Demonstrationen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen, welche in Mexiko sehr ausgeprägt ist.



Honduras: Demonstrationen sind typische Einsätze, bei denen pbi-Freiwillige Menschenrechtsverteidiger_innen begleiten.

Honduras

► Die Auswirkungen der Pandemie auf die Bevölkerung in Honduras und die Lage der Menschenrechte und ihrer Verteidiger_innen machen sich auf verschiedenen Ebenen bemerkbar. Bäuer_innen, die von ihren Häusern zu ihren Feldern zum Teil weite Wege zurücklegen müssen, werden immer wieder von Polizei und Militär wegen der verhängten Ausgangssperre festgehalten.

LGBTIQA+-Personen sind seit den Pandemie-Restriktionen einem noch größeren Risiko ausgesetzt: Gerade Transfrauen, für die Sexarbeit aufgrund von Diskriminierung eine der sehr wenigen Möglichkeiten ist, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, müssen die Ausgangssperre brechen und riskieren, verhaftet oder Opfer von Gewalt zu werden.

Seit Beginn der Pandemie in Honduras gab es 23 Angriffe gegen Journalist_innen, die den Staat für seine Maßnahmen kritisierten.

Viele Menschenrechtsorganisationen berichten, dass der honduranische Staat die Arbeit der Menschenrechtsverteidiger_innen erschwert, indem er ihnen keine Passierscheine ausstellt.

Costa Rica (Nicaragua)

► Anfang 2020 eröffnete pbi ein neues Projekt in Costa Rica, das Nicaraguaner_innen im Exil unterstützt, die aufgrund der eskalierten politischen Gewalt gezwungen waren, ihr Land zu verlassen. In der Hoffnung, nach einer Verbesserung der Bedingungen nach Nicaragua zurückzukehren, unterhalten sie weiter Verbindungen zu nicaraguanischen Menschenrechtsbewegungen.

Die Unruhen in Nicaragua begannen im April 2018, als die Regierung von Präsident Ortega eine kontroverse Änderung der Sozialversicherung einführte. Dies löste eine Welle von Protesten aus, die die Regierung gewaltsam niederschlug. Tausende Personen wurden verletzt, hunderte unrechtmäßig festgehalten, verurteilt, gefoltert oder gar umgebracht. Seit Beginn der Krise flohen bereits mehr als 110.000 Personen aus Nicaragua, die Mehrzahl davon ins Nachbarland Costa Rica.

Das pbi-Projekt thematisiert die psychischen Folgen von Vertreibung, fördert den Aufbau von Netzwerken unter den geflüchteten Aktivist_innen im Exil und bietet Sicherheitsworkshops für diese an.

Über pbi

► **peace brigades international ist eine von den Vereinten Nationen anerkannte Friedens- und Menschenrechtsorganisation und seit 40 Jahren in Konfliktregionen tätig.** Internationale Teams von Freiwilligen begleiten im Rahmen ihrer Tätigkeit für pbi bedrohte Menschenrechtsverteidiger_innen. Dieses von pbi entwickelte Konzept der schützenden Begleitung der Zivilbevölkerung leistet einen unmittelbaren Beitrag zur Gewaltprävention und trägt zur Stärkung ziviler Konfliktlösungsmöglichkeiten bei.

pbi Deutschland online



www.pbi-deutschland.de



Newsletter abonnieren

In den sozialen Medien



@pbiDeutschland



@pbiDeutschland



@pbideutschland

Impressum

- **Herausgeber:** peace brigades international – Deutscher Zweig e.V., Bahrenfelder Str. 101a, 22765 Hamburg
Tel. 040 - 3 89 04 37 - 0 | Fax 040 - 3 89 04 37 - 29
www.pbi-deutschland.de | info@pbi-deutschland.de
- **Redaktion:** Alexander Weber, Paul Metsch, Joana Kathe, Mirijam Schuldt, Annette Fingscheidt, Rabea Ganz (V.i.S.d.P.)
- **Stand:** Januar 2021

Indonesien

► **Im Schatten der Corona-Pandemie wurden 70 Gesetze verabschiedet oder geändert sowie Menschen- und Bürgerrechte weiter eingeschränkt.** Nachdem Proteste zu den Gesetzesvorhaben wegen der Pandemie unmöglich wurden, sind Änderungen verabschiedet worden, die Umweltstandards und Arbeitsrechte untergraben sowie die Kompetenzen der erfolgreichen Anti-Korruptionsbehörde beschneiden.

Die zweite Amtszeit von Präsident Joko Widodo hat die Erwartungen zur Stärkung der Zivilgesellschaft und der Beendigung der Gewalt in Westpapua enttäuscht. Religiöse Minderheiten sind heute weniger vor Gewalt und Einschüchterung geschützt als zuvor. In Westpapua befinden sich tausende Indigene auf der Flucht vor Militäroperationen ohne ausreichenden Zugang zu Nahrung, Gesundheitsversorgung und Bildung. Der Zugang für Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen sowie Journalist_innen wird weiterhin verwehrt.

Demonstrationen indigener Papuas werden von den Sicherheitskräften häufig mit Gewalt unterbunden und indigene MRV_innen oft wegen Landesverrat angeklagt. Die MR-Partnerorganisationen von pbi können den vielen Anfragen nach Sicherheits- und Advocacytrainings von indonesischen Umwelt- und MR-Aktivist_innen kaum nachkommen.

Nepal

► **Die andauernde Corona-Pandemie prägt das gesellschaftspolitische Leben auch in Nepal massiv.** Besorgniserregend ist, dass die Pandemie und die mit ihr in Verbindung stehenden Maßnahmen zu einer weiteren Verschärfung der Menschenrechtsslage führen, insbesondere für benachteiligte Gruppen. Das Team des NepalMonitor-Projekts darf trotz der immensen Herausforderungen, die das vergangene Jahr stellte, auf bemerkenswerte Erfolge zurückblicken, die der

skizzierten Entwicklung entschieden entgegneten. So konnten sowohl unser Projektpartner COCAP, als auch das Nepal-Dialogforum, in dem pbi Mitglied ist, jeweils mit einem Bericht an dem aktuellen Universal Periodic Review-Prozess teilnehmen und damit unter der Schirmherrschaft des UN-Menschenrechtsrats dazu beitragen, die Menschenrechtssituation in Nepal zu verbessern. Im Bereich der Trainings für Menschenrechtsverteidiger_innen war es dem Team möglich, das Angebot zunächst über digitale Kanäle, später im Jahr auch wieder im Rahmen von Präsenzveranstaltungen kontinuierlich anzubieten, um die unersetzbare Arbeit von MRV_innen auch in dieser Zeit zu unterstützen. Weiterhin veröffentlichte das Team regelmäßig Analysen und Trendberichte, auch zu den Einflüssen der Pandemie.

Mehr unter: nepalmonitor.org

Kenia

► **Seit Beginn der Corona-Pandemie gelten in Kenia verschärfte Ausgangsbeschränkungen.** Die Durchsetzung der Maßnahmen ging oft mit unverhältnismäßiger Polizeigewalt einher. Insbesondere in den informellen Siedlungen Nairobis erhöhten sich die Fälle außergerichtlicher Tötungen.



Kenia: Besuch der UN-Sonderberichtserstatte-
rin für außergerichtliche Tötungen, Agnès Callamard (links im Bild)

Im Februar 2020 fand ein Besuch der UN-Sonderberichtserstatte-
rin für außergerichtliche Tötungen, Agnès Callamard, statt. Dieser Besuch erhöhte nicht nur die Sichtbarkeit der MRV_innen, sondern führte auch zu einer Reihe von Advocacytätigkeiten und Vernetzungen zwischen den MRV_innen und der internationalen Gemeinschaft.

Darüber hinaus unterstützt pbi weiterhin die „Toolkit Organiser“, eine Gruppe von 15 MRV_innen, die sich u.a. gegen sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt einsetzen. In Kenia stiegen die Fälle von Gewalt gegen Frauen und Mädchen während der Pandemie an. Die Betroffenen konnten oft keine Unterstützung aufsuchen, da offizielle Stellen aufgrund der Pandemie schließen mussten. Der unermüdliche Einsatz der Toolkit Organiser war daher umso bedeutsamer und verdeutlicht abermals, wie wichtig die Unterstützung von MRV_innen und Zivilgesellschaft ist.

pbi Deutschland

► **2020 konnten viele geplante Veranstaltungen und Seminare wegen der Corona-Pandemie nicht stattfinden.** Doch einen Lichtblick gab es: Im Sommer wurde das Festival „Human Rights on the Move“ in Hamburg ausgerichtet. Austausch, Vernetzung und Diskussion wurden unter freiem Himmel ermöglicht.

Die Umstellung auf digitale Formate stellte uns vor neue Aufgaben. Welches Tool wählen, wie die Veranstaltung gelingen moderieren und durchführen? Doch aus Herausforderungen entstehen auch Chancen. So organisierten wir im Rahmen der LateinamerikaTage 2020 zwei digitale Seminare. Die Videokonferenz mit Menschenrechtsaktivist_in Jacob* Ellis Williams ermöglichte Interessierten einen detaillierten Einblick in ihr* Wirken in Costa Rica (Nicaragua), insbesondere in der LGBTQA+-Exilgemeinschaft. Mieke Wolter, ehemals Freiwillige in Honduras, berichtete im zweiten Vortrag über die Fragestellung „Wem gehört das Land? - Landrechte in Honduras“ und erzählte eindrücklich von ihren Begleiteinsätzen vor Ort.

Finanzen

► **Der Jahresabschluss 2020 steht noch aus, momentan ist jedoch absehbar, dass rund 2,03 Mio. € Fördermittel und Spenden eingeworben wurden.** Davon wurden 1,53 Mio. € an die pbi-Projekte im Ausland weitergeleitet. Wie im vergangenen Jahr zeichnen sich für Aktivitäten in Deutschland, inklusive des pbi-Bildungsprojekts, Ausgaben in Höhe von rund 496.000 € ab. Die endgültigen Zahlen können Sie dem Jahresbericht auf unserer Website entnehmen, sobald diese geprüft sind.

Ausblick 2021 | 40 Jahre pbi

► **Aktuell ist es schwer einzuschätzen, was in unserem Jubiläumsjahr möglich sein wird.** Wir hoffen, dass Präsenzveranstaltungen wieder möglich werden und dass der direkte Austausch von Menschenrechtsverteidiger_innen mit Interessierten und Politiker_innen wieder stattfindet.

Auch 2021 werden wir Teil der RomeroTage sein, die im März und April digital sowie in Hamburg stattfinden werden. Auch streben wir die erneute Ausrichtung des Menschenrechtsfestivals „Human Rights on the Move“ an. Wir hoffen, dass das pbi-Bildungsprojekt darüber hinaus Seminare und Workshops veranstalten darf und wir dadurch wieder Menschenrechtsbildung in Deutschland ermöglichen können.

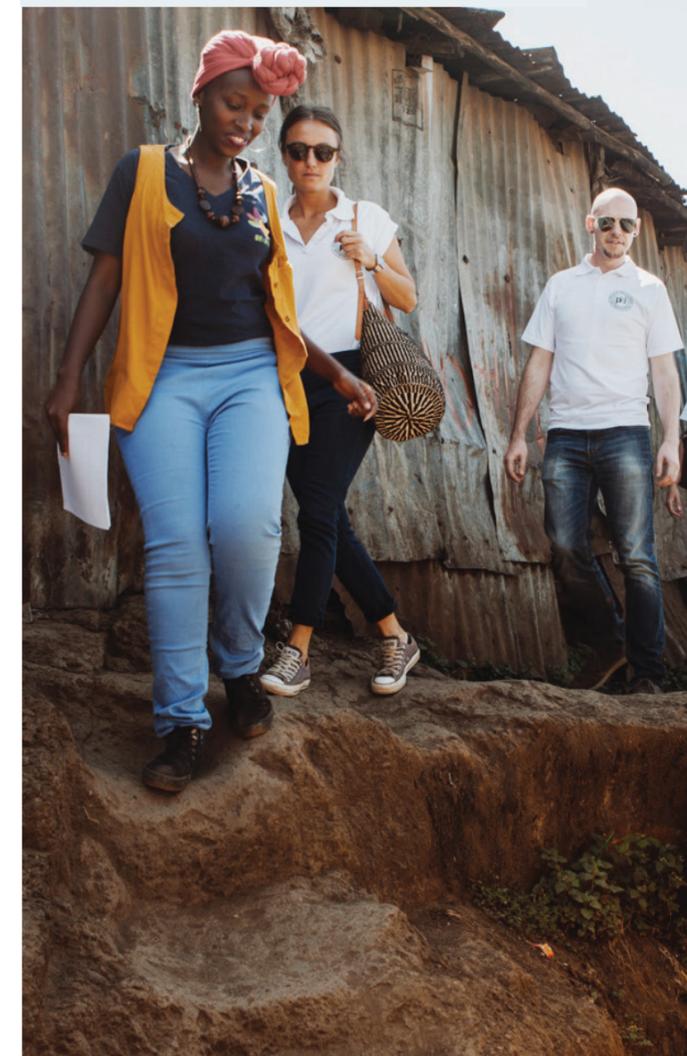
Wir hoffen auch im Jahr 2021 auf Ihre Unterstützung. Nur mit Ihrer Hilfe können wir unsere Ansätze der Schutzbegleitung, der Advocacyarbeit und dem Capacity Development erfolgreich realisieren und dadurch Menschenrechtsverteidiger_innen schützen und begleiten. Sie können uns unterstützen, indem Sie

- uns weiterhin mit einer Spende unterstützen
- in einer Arbeits- oder Regionalgruppe mitarbeiten
- bei Ihrem Geburtstag, um Spenden statt Geschenke bitten
- Ihre Kirchengemeinde um eine Kollekte bitten

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Website:
www.pbi-deutschland.de

peace brigades international

Spendenbrief 2021



► pbi-deutschland.de

